



Können brauchen keine Kammern
- **jedenfalls nicht zwangsweise!**

Kammerjäger
Informationen für
IHK- Verweigerer

Ausgabe: Juli 2003

Hallo, liebe Vereinsmitglieder!

Auf der diesjährigen *Mitgliederversammlung* wurde von den Anwesenden die 'Erklärung von Hannover' formuliert und beschlossen.

Inhalt dieser Erklärung, die noch am gleichen Abend per E-Mail an die Teilnehmer der am nächsten Tag stattfindenden außerordentlichen Mitgliederversammlung der SPD, sowie alle 603 Bundestagsabgeordnete versandt wurde, war unsere Forderung nach

Freiheit bei der Wahl eigener Interessenvertreter.

Keine Zwangsmemberschaften in Kammern
(Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammer)

Im Verlauf der Versammlung wurden Vorstandsberichte entgegengenommen und jeweils mit großer Mehrheit gebilligt. Dem Vorstand wurde - ohne Gegenstimme - die Entlastung erteilt.

Den Jahresbericht, sowie das Protokoll der Versammlung, erhalten Mitglieder gegen Einsendung eines an sie selbst adressierten und mit 1,56 € frankierten DIN A5 Umschlags zugesandt. Per E-Mail erhalten Sie den Bericht **kostenlos!**

Ein wichtiger Teil der Versammlung ...

... waren Hinweise auf die Perspektiven der kommenden Monate. Der Tenor dabei war: '... **das Rad beginnt sich immer schneller zu drehen.**' In unserem Sinne!

Damit meine ich die immer breiter werdende Bereitschaft bei Politikerinnen und Politikern diese Zwangssysteme, die so offenkundig versagt haben, zu verändern.

Das wird bereits in der öffentlichen Diskussion um die 'Agenda 2010' deutlich. Auch die Zwangsverkammerung von Unternehmerinnen und Unternehmern, gegen deren erklärten Willen, wird nun **immer öfter und immer offener infrage gestellt.** An die 'Selbstheilungskräfte', also Reformfähigkeit der Kammerbürokratie von sich heraus, glauben immer weniger Abgeordnete.

Ich habe über die Aktivitäten des Bundestagsabgeordneten *Johannes Kahrs* (SPD) berichtet und Ihre Reaktion und Ihre Zuschriften, liebe Vereinsmitglieder, haben dem Mann Mut gemacht. Und reichlich Mut gehört dazu, trotz massiven Widerstands der Handwerks- und Kammerlobby gegen die 'Einführung von mehr Berufsfreiheit' im Rahmen der 'Agenda 2010', noch unser Haupt-Thema 'Abschaffung des Kammerzwangs' weiter zu verfolgen.

Liebe Vereinsmitglieder, es liegt jetzt, d.h. in den kommenden Wochen und Monaten nach dem Ende der allgemeinen Ferienzeit, an Ihnen, ob es gelingt dem in Gang kommenden Prozess der Veränderung, noch den nötigen Schub zu geben, damit dem - vorerst nur erklärten - Willen etwas zu ändern, auch wirklich Taten folgen.

Es wird insbesondere persönliches Engagement von Ihrer Seite erforderlich werden. Es müssen alle Mitglieder des Wirtschaftsausschusses - das ist das 'Schlüsselgremium' im Deutschen Bundestag - persönlich angesprochen und mit

dem Thema, sowie unseren Forderungen konfrontiert und mit Alternativen bekannt gemacht werden.

Das bedeutet ein persönliches Gespräch mit einer/einem Abgeordneten im näheren Umkreis führen. Oder evtl. auch zwei, oder drei derartiger Gespräche. Und 'im näheren Umkreis' kann auch mal eine halbe Autostunde Fahrtzeit heißen.

Hierfür erhoffe und erwarte ich Ihre Bereitschaft.

Diese Gespräche werden von Dortmund aus gestartet und mit weiteren Aktionen begleitet werden, über die ich Sie dann zeitnah informieren werde. Seien Sie unbesorgt: den 'Gesprächsfaden' bekommen Sie von uns, Ihrem Verband.

Wir schreiben von Dortmund aus nahezu wöchentlich Abgeordnete aller Parteien an und zeigen die Knackpunkte und irrigen Annahmen zum Kammer(un)wesen auf. Die Bereitschaft zur Diskussion und zur Auseinandersetzung mit dem Thema wächst und auch die, sich zu informieren.

Zukunft der Handelskammern ...

... ist das Thema, von dem Sie immer häufiger in der Presse lesen und lesen werden. Im 'MainRheiner' vom 27.06.'03 wird eine **Veranstaltung in Rüsselsheim** angekündigt:

Vor dem Hintergrund der wirtschaftspolitischen Reformdebatte um den Standort Deutschland lädt SPD-MdB Gerold Reichenbach zu einer Podiumsdiskussion über "Zukunft der Kammern - Zwangsorgan oder Dienstleister im Wettbewerb?" ein.

Die Veranstaltung ist

am Donnerstag, 10. Juli, 20 Uhr,
im **Lassalle-Saal** der Stadthalle.

Teilnehmer sind Susanne Jung, Geschäftsbereichsleiterin Standortpolitik der IHK Darmstadt, Axel Pestel, Vorsitzender der IHK-Verweigerer e.V., und Gerold Reichenbach.

Es moderiert der Journalist Hanns Mattes.

Wir haben Sie, liebe 'Mitglieder im Großraum Rüsselsheim', in einer **Kurzmitteilung** bereits vorab dazu aufgerufen, sich zahlreich an dieser 'Auftaktveranstaltung' zu beteiligen und dort Ihre Meinung zu vertreten.

Diese Diskussion ist ein Erfolg unseres Bemühens um eine 'breitere Öffentlichkeit' für die Zwangsmemberschaft. Und: es ist enorm **wichtig**, dass diese Bereitschaft politischer Entscheider, sich mit diesem Thema zu befassen, **durch IHRE Anwesenheit** - möglichst zahlreich - **unterstützt wird.** Anfragen von Politikerinnen und Politikern für ähnliche Diskussionen liegen aus verschiedenen Regionen vor.

An diesen Stellen dürfen wir und **insbesondere dürfen Sie, nicht nachlassen, die Reformkräfte** in 'der Politik' zu **stärken. Ohne Ansehen der Partei.** Erheben Sie Ihre Forderungen immer wieder und tragen Sie zur Verbreitung Ihrer und damit der **Meinung der Betroffenen** bei.

Sie kennen das Sprichwort von dem **steten Tropfen ...**

Kammern handeln nicht ...

... immer nach '**Recht und Gesetz.**' Diese Erkenntnis wird um so häufiger bestätigt, je mehr Aktivitäten der Kammern juristisch überprüft werden. (s. PR 03.01.24)

In einem Urteil, gegen das eine Berufung vor dem Berliner Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) **ausdrücklich nicht zugelassen** wurde, stellte das oberste Verwaltungsgericht des Landes Nordrhein-Westfalen eindeutig fest:

"Eine Industrie- und Handelskammer überschreitet mit der Aufnahme und Auszahlung eines Kredites über 6 Mio. DM zum Zwecke der Gründung eines Museums die ihr zugewiesenen Kompetenzen."

Diesen wichtigen juristischen Erfolg haben Vereinsmitglieder vor dem OVG in Münster erstritten und auch in anderen Kammerbezirken ist es an der Zeit 'Kammeraktivitäten' juristisch anzugreifen. Das Urteil bestätigt erneut die Tatsache, dass die Kammern erfolgreich juristisch gezwungen werden können, sich an geltendes Recht zu halten. Und auch, dass sie kaum demokratiefähig sind.

Das beweist die IHK- Duisburg ...

... und ihr Hauptgeschäftsführer *Reitzig* in einem anderen Verfahren. Auch in diesem Fall, der vom OVG Münster als Verstoß gegen das geltende 'Recht eines Kammerorgans' gerügt wurde, konnte die IHK erfolgreich beklagt werden. Das Münsteraner Gericht verurteilte die Kammer dazu, Vollversammlungsmitgliedern sämtliche, von diesen angeforderten, Unterlagen zur Verfügung zu stellen, die sie zur Ausübung ihres Mandats - Kontrolle der Geschäftsführung und Weisungsgebung an selbige - benötigen.

Diesen Weg der permanenten Auseinandersetzung werden wir, so mühselig und zeit- bzw. kostenintensiv er auch ist, weiter gehen und verstärken. Das war auch eines der Ergebnisse unserer Mitgliederversammlung in Hannover.

Die Pressemeldungen über das ...

... wirklich wichtige Thema Kammerzwang mehrten sich. So titelte 'WallstreetOnline' am 03.06.2003 sehr treffend:

'IHK & Konsorten - die Totengräber der deutschen Wirtschaft' und beschreibt des bundesdeutsche Kammer(un)wesen so:

"Die Industrie- und Handelskammern (IHK) verhalten sich nicht anders als Erich Honecker, spielen in der heutigen Wirtschaftslandschaft der Bundesrepublik Deutschland in etwa die gleiche Rolle wie der Wolf im Märchen oder das Honecker-Regime im gesamtdeutschen Zusammenhang:

Sie geben vor, die Wirtschaft ihrer Mitglieder zu fördern, finanzieren ihre Maßnahmen jedoch ausschließlich durch ein Zwangsentgelt, lassen diese Mittel anschließend hauptsächlich in ihre 'Prachtbauten' fließen und stellen sich mit ihrem Stände- und Verbandsdenken konsequent gegen jeden Fortschritt marktwirtschaftlicher Liberalisierung.

Reden tun sie freilich völlig anders. Aber auch das waren wir ja von Honecker und Konsorten nicht anders gewöhnt."

In der **WELT** vom 28. Mai war unter der Überschrift

'**Immer mehr Stimmen gegen Pflichtmitgliedschaft in der Kammer**' in einer Stellungnahme aus dem 'Berufsverband Selbstständige in der Informatik' zu lesen:

„Die hohen Mitgliedsbeiträge stehen im Missverhältnis zu den - nicht erbrachten - Leistungen der Kammer“, so Dr. Dirk Bisping, Vorstandsmitglied des BvSI.

Die IHK ist heutzutage weniger denn je eine Interessenvertretung für ihre Mitglieder, sondern entwickelt sich immer mehr zu einem Unternehmen mit eigenen wirtschaftlichen Interessen.

In der Tat wird die Front der Gegner einer Pflichtmitgliedschaft in den Kammern immer größer. Bei einer Umfrage unter mittelständischen Unternehmen sprachen sich unlängst rund 93 Prozent für eine Abschaffung der Zwangsmemberschaft aus.

Aktuelle **Einzelheiten** können Sie auf unserer Homepage www.kammerjaeger.org oder www.ihk-verweigerer.de lesen.

'... wenn der Stier wankt, dann

... **mehren sich die Messer**'. So ähnlich auch das Magazin 'Markt und Mittelstand' auf der **Titelseite** seiner aktuellen Ausgabe, wenn es feststellt: "... **der Riese wankt**" und mehrseitig über den Widerstand gegen den Kammerzwang und über den Zorn der Betroffenen berichtet.

Wichtig: bitte schreiben Sie unbedingt einen Brief, ein Fax oder eine E-Mail und stärken Sie den Redakteuren den Rücken. Diese werden durch Ihre Reaktionen ganz sicher motiviert, weiter am Thema Kammerunwesen 'dran zu bleiben.' Redaktion und die Redakteure **Monika Hofman** und **Michael Reidel** erreichen Sie unter

Markt und Mittelstand Augustenstr. 80333 München Fon: 0 89/2 72 64-374 (Durchwahl Frau Hofmann) Fax.: 0 89/2 72 64-328 E-Mail: monika.hofmann@finanzen.net michael-reidel@marktundmittelstand.de	10
--	----

Dringender denn je ...

... bitten wir Sie uns Ihre E-Mail Adresse mitzuteilen und auch, wenn Sie diese ändern. Die Aktionen der letzten Tage und Wochen waren äußerst wichtig. Aber: wir konnten leider immer nur eine (zu) kleine Anzahl unserer Mitglieder **zeitnah** per E-Mail informieren.

Aktuell und wichtig!

Frau Wende tritt ihren verdienten Jahresurlaub an und wird in der Zeit vom **04. bis 27. August nicht erreichbar** sein. Bitte evtl. Fragen und Anschreiben entweder deutlich VOR dem 04. oder nach dem 27.08. an Frau Wende richten. In dieser Zeit wird es auch **keine** 'ersatzweise Bearbeitung' der in der Dortmunder Zentrale eingehenden Post geben.

Impressum:

Herausgeber:	IHK-Verweigerer e.V. Dortmund
E-mail:	IHK-Verweigerer_e.V.@t-online.de
Redaktion:	Axel Pestel / V.I.S.d.P.
E-mail:	ihk-verweigerer@web.de
Nachdruck oder Vervielfältigung - auch auszugsweise - nur bei Quellenangabe. erlaubt. Presseorgane, werden um Übersendung eines Belegexemplars gebeten.	
Text & Design © '98/2003 by Axel Pestel c/o IHK-Verweigerer e.V.	